

KONZERTIERTES VERSAGEN: DAS AMPELFIASKO

Von Peter Helmes

Endlich bürgerliche Mehrheit

Die FDP in einem Landtag raus, die SPD unter ferner liefen, die Grünen gerupft – dieser Sonntag zeigt: In Berlin ist eine Minderheitsregierung gegen eine bürgerliche Mehrheit im Land am Werk. Wie lange noch?

Eine bestätigte bürgerlich-konservative Regierung in Bayern, eine bestätigte schwarz-grüne in Hessen, aus der allenfalls noch eine Große Koalition unter Führung der CDU werden könnte.

Diese Doppellandtagswahl zur Halbzeit der Legislaturperiode im Bund hat es in sich und läßt Berlin beben. In Hessen und Bayern haben ein Viertel der Wahlberechtigten über die Halbzeitbilanz der Bundesregierung abgestimmt – und ein vernichtendes Urteil abgegeben.

Dieser Sonntag war ganz besonders ein repräsentatives Plebiszit über die Ampel. Und der Befund ist so klar wie niederschmetternd für den Kanzler und seine Koalition: Die Mehrheit der Wahlbevölkerung und die Regierung stehen sich in krassem Gegensatz gegenüber. Das Wahlvolk möchte diese Koalition nicht mehr haben. Hat sie faktisch abgewählt. Und wird sie dennoch einfach nicht los. Schon jetzt fühlen sich zwei Jahre länger an als eine ganze Legislaturperiode.

Der Kanzler ist angezählt

Er hat seinen Laden nicht im Griff. Seine Autorität erodiert. Er erklärt seine Politik nicht so, daß die Menschen sie verstehen, er wirkt wie ein Buchhalter statt wie ein Regierungschef. Fast die Hälfte aller deutschen Wahlberechtigten beurteilt einer Forsa-Umfrage zufolge die Arbeit der Ampelkoalition schlechter als die der Großen Koalition zuvor. Zwei Drittel der Befragten erwarten von Olaf Scholz endlich mehr Führung – wozu auch ein harter Griff zum Personal gehört.

Faeser nur noch eine wandelnde politische Leiche

Faesers und das SPD-Desaster sind selbstverschuldet. Die Idee war schlecht, die Ausführung miserabel, das Resultat erwartbar. Wähler goutieren es nicht, wenn Politiker in ihre Bewerbung den Rückfahrschein einbauen. Faesers Weigerung, sich auch im Fall einer Niederlage um hessische Belange kümmern zu wollen, gab ihrer Kandidatur einen unernsten Charakter. Sie erklärte den Hessen, nur als Ministerpräsidentin in die Heimat zurückzukehren, bei einer Niederlage aber im Berliner Kabinett zu bleiben. Ziele, die man mit halbem Herzen anstrebt, erreicht man nicht. Faesers Zeit dürfte abgelaufen sein – sie ist nach dem Hessen-Debakel eine wandelnde politische Leiche

Mit Nancy Faeser haben die Hessen einer Sozialdemokratie, die ihre Kernklientel, die Arbeiter, die Angestellten und die kleinen Leute, durch immer neue Belastungen und moralistische Zurechtweisungen verprellt, ohne neue Gruppen zu erschließen, die rote Karte gezeigt. Je länger Olaf Scholz an seiner Innenministerin festhält, desto länger gibt er zu verstehen, daß in seinem Kabinett das Leistungsprinzip außer Kraft gesetzt ist.

Zwei Faktoren gefährdeten Faesers Chancen vor allem: zum einen ihr Ruf als heillos überforderte Innenministerin, zum anderen die Unzufriedenheit der Deutschen mit der Koalition aus SPD, Grünen und Liberalen im Bund. Daß Faeser obendrein noch damit warb, im Falle eines Wahlsiegs auch in Hessen eine Ampelkoalition bilden zu wollen, wirkte da geradezu befremdlich, ja dumm.

Selbst in der SPD finden viele, daß sie als Bundesinnenministerin nicht mehr zu halten ist. Trotzdem hat ihr Scholz jetzt demonstrativ den Rücken gestärkt. Das kann man nobel finden – oder für einen schweren politischen Fehler halten. Darüber aber werden immer mehr Genossen nervös.

Großgewinner: die AfD

Der Abwärtstrend der hessischen SPD, deren Zustimmungswerte seit 2008 um fast 60 Prozent sanken, hat mit Faeser Fahrt aufgenommen. Nimmt man das schlechte Abschneiden in Bayern hinzu, befindet sich die SPD auf einem quälenden Weg der regionalen Selbstabschaffung. Teile ihres Erbes übernimmt die AfD.

Die CDU gewann klar, ohne wie früher zu triumphieren. Die AfD ist mit dem bisher stärksten Resultat in Westdeutschland der größte Gewinner, die SPD der deutlichste Verlierer. Die Erfolge der AfD in Hessen und Bayern zeigen, daß eine Legende ausgedient hat, mit der sich weite Teile des politischen Betriebs bis zuletzt beruhigt haben: Die Alternative für Deutschland (AfD) ist kein reines Phänomen des Ostens. Wer in zwei wichtigen Industrieländern von über anderthalb Millionen Menschen gewählt wird und neue Höchstwerte erringt, der ist auch im Westen gekommen, um zu bleiben.

14,7 Prozent im Freistaat und 18,4 Prozent in Hessen sind Resultate, mit denen kein Demoskop rechnete. Die politische Konkurrenz wurde auf dem falschen Fuß erwischt und hat die Größe der Herausforderung nicht erkannt. Die Grünen wiederholen denn auch das ausgeleierte Motto von den „demokratischen Parteien“, die gegen die Rechtspopulisten zusammenstehen müßten. Keinen der neuen AfD-Wähler, die sich in Hessen vor allem aus dem linken Teil des politischen Spektrums rekrutieren, vermochte diese Überschrift abzuhalten. Je mehr Menschen sich der AfD zuwenden, desto lächerlicher wird es, die rechte Konkurrenz als in Gänze undemokratisch zu de-legitimieren. Und die ganz große Mehrheit der Wähler dürfte nicht nur demokratisch denken und handeln, sondern hat gewiß mit Radikalinskis nichts am Hut.

Entlarvend ist die Aussage der grünen Bundesgeschäftsführerin Emily Büning. Diese erklärte, die demokratischen Parteien müßten sich „unsere Demokratie zurückerobern“. Das ist nicht nur ein böder Spruch, sondern erinnert auch an einen Vorgang mit dem bayrischen Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, der einmal gefordert hatte, die schweigende Mehrheit habe sich die Demokratie „zurückzuholen“. Und da waren die Grünen aufgebracht zur Stelle und forderten lauthals Aiwangers Entlassung.

Die verheerenden Folgen einer Migrationspolitik, an der die „Ampel“ aus ideologischen Gründen festhält, werden der AfD weiter Wähler zutreiben, auch im Westen. Sämtliche Etikettierungen der ungeliebten Partei haben ihren Schrecken verloren, weil sie inflationär verwendet wurden. Gleiches gilt vom schal gewordenen „Brandmauer“-Geschwätz. Wer sich um den demokratischen Diskurs sorgt, der sollte ihn hart, aber mit Argumenten führen und nicht mit Schmähreden wider Wähler, die von ihrem Wahlrecht demokratisch Gebrauch machen.

Die Grünen reden plötzlich populistisch

Nun greifen die grünen „Edeldemokraten“ zum selben populistischen Mittel und belegen damit das Ausmaß ihrer Verzweiflung. Sie wissen nicht, wie sie dem Höhenflug der AfD begegnen sollen, und wünschen sich eine informelle Allparteienkoalition.

Politisch präsentiert sich Deutschland zunehmend als zerrissenes Land. Hier die Mehrheitsmeinung, die sich zu zwei Dritteln um die bürgerlichen Parteien versammelt hat – oder zu einem hohen Prozentsatz in einer Mischung aus Verzweiflung und Missmut vorläufig oder dauerhaft bei der AfD.

Dort eine faktische Minderheitsregierung, die aktuell zusammen noch bei 37 Prozent steht, nach zusammen 52 Prozent bei der Bundestagswahl vor zwei Jahren. Für eine intakte Demokratie ist das hochgefährlich. Und für die beteiligten Parteien ein beispielloser Absturz in relativ kurzer Zeit.

Dieses Mißverhältnis aus Mehrheitsmeinung und Minderheitsregierung birgt ein explosives Gemisch. Wenn sich das Gefühl vertieft, daß eine Bundesregierung nicht mehr annähernd das politische Meinungsbild im Land widerspiegelt, werden die Spannungen in diesem zerrissenen Land weiter zunehmen und sich in kommenden Wahlen weiter entladen. Das Superwahljahr 2024 mit den Europawahlen im Frühjahr und drei Ost-Landtagswahlen im kommenden Herbst hat in Wahrheit schon am vergangenen Sonntag mit den beiden Wahlen im Westen begonnen.

Fliehkräfte seit dem Ende der Flitterwochen

Die Fliehkräfte in der ohnehin bis auf die Flitterwochen allzeit zerstrittenen Ampelkoalition werden das noch verstärken – bis hinein in die Fraktionen. Bis zur Halbzeit einer Legislatur schielen die Abgeordneten nur mit einem halben Auge auf die Frage: Wäre ich im Moment, bei diesen Umfragewerten, noch drin im Bundestag oder nicht?

In der zweiten Hälfte der Legislatur werden sie regelrecht darauf starren, mit jeder Woche, die verstreicht, noch mehr. Und für immer mehr dieser Schieler und Starrer könnte es, wenn es so weitergeht, existenziell werden. Diese Koalition ist jetzt schon so zerbrechlich wie ein dünnwandiges Weinglas und nicht eben in Watte gepackt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das dünne Glas auf dieser Rumpelstraße vorher zu Bruch geht.

Am stabilsten stehen die Grünen da, auch wenn sie in beiden Ländern hinter ihren Zielen zurückblieben. Ihre 14 Prozent plus x erweisen sich als vergleichsweise tragfähig, in Umfragen wie in Wahlen. Darüber hinaus haben sie eine politische Hegemonie in diesem Land erlangt, die weit über diese maximal 20 Prozent hinausgeht. Die Agenda wird dort, wo sie mitregieren, weitgehend von ihnen bestimmt. Das ist eine enorme politische Leistung. Und ein massives Problem für die politische Konkurrenz. Vor allem für die Parteien, die mit den Grünen gemeinsam regieren. Denn in deren Klientel wird diese grüne Doktrin nicht geschätzt und also politisch auch nicht belohnt. Am härtesten trifft das die FDP, die ohnehin in die Rolle einer bürgerlichen Stütze der im Kern rot-grünen Regierung geraten ist.

Die FDP nur noch als Stütze, als Krücke, für Rot-Grün

Auch wenn Parteichef Christian Lindner das bislang von sich weist, es kann der Punkt kommen, an dem er ein zweites Mal sagen muß: Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren. Falsch aus der Sicht seiner Kernklientel, die sich im Unterschied zu jener der Grünen derzeit ungleich flüchtiger, weil unzufriedener erweist. Und die ihn und seine Liberalen jetzt aus einem der zwei Landtage geschickt hat. Mit den Freien Wählern erwächst obendrein eine neue Konkurrenz an diesem Ende des politischen Spektrums.

Den Grünen ist etwas gelungen, was anderthalb Jahrzehnte das Markenzeichen Angela Merkels war: Wer sich mit ihr auf eine Koalition einließ, der ließ Federn. Das ging der SPD

so, weshalb sie eine zweite Große Koalition um alles in der Welt verhindern wollte und am Ende aus Staatsräson hineingezwungen wurde. Der FDP erging es im schwarz-gelben Intermezzo, obgleich wie die Union Teil des bürgerlichen Lagers, nicht anders.

Dieses Kontaktgift verströmen die Grünen im Moment. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung möchte nicht die Migrationspolitik, für die die Grünen stehen und unverdrossen eintreten. Auch deshalb könnte es gut sein, daß der hessische Amtsinhaber und erstarkte Ministerpräsident Boris Rhein in Hessen möglicherweise in Richtung eines Bündnisses mit der anderen vormaligen Volkspartei tendiert, also eine Große Koalition anstrebt, anstatt Schwarz-Grün zu verlängern.

Auch mit Blick auf die nächste Bundesregierung, komme sie vorzeitig oder regulär im Herbst 2025, dürfte das eine Lehre für die Partei sein, die sich als angehende Kanzlerpartei die Koalitionspartner zusammensucht. Wer nicht von den Grünen bei der eigenen Wählerschaft runterregiert werden will, wird sich drei- bis viermal überlegen, ob er die Grünen in seine Regierung bittet. Und damit die eigene Schwindsucht für die kommende Zeit besiegelt.

Eine Große Koalition oder, wenn es eng wird, eine Deutschland-Koalition aus Schwarz-Rot-Gelb sind mit diesem Sonntag die wahrscheinlichsten Konstellationen geworden. 2025 oder vorher.

Olaf Scholz' Ampel hat inzwischen ein katastrophales Ansehen in der Bevölkerung

Das drückt sich auch in vielen Meinungen aus der Bevölkerung aus: Nach den Landtagswahlen in Hessen und Bayern ist für die Bundesbürger offenbar vor den nächsten Bundestagswahlen. Denn eine Mehrheit der Deutschen wünscht sich laut einer jüngsten Umfrage durch das Meinungsforschungsinstitut Insa genau das: vorgezogene Neuwahlen.

In der Erhebung des Insa-Instituts für die „Bild“-Zeitung sprachen sich 57 Prozent der Befragten für eine sofortige Neuwahl aus. Nur ein Drittel (31 Prozent) der Menschen hierzulande ist der Meinung, die Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP sollte bis zum planmäßigen Ende der Legislaturperiode 2025 weiterregieren. Eine herbe Schlappe für die Regierung.

11.10.2023